



„Für eine Welt ohne HIV und Aids“ – Deklaration des Aktionsbündnis gegen AIDS


Seit seiner Gründung vor 10 Jahren setzt sich das Aktionsbündnis gegen Aids dafür ein, dass sich Deutschland im internationalen Verbund solidarisch und verantwortlich an den internationalen Bemühungen zur Bewältigung der HIV-Epidemie beteiligt. Zurzeit umfasst das Bündnis über 100 Nichtregierungsorganisationen sowie mehr als 280 lokal engagierte Gruppen, die in der Entwicklungszusammenarbeit oder der Aids-Arbeit engagiert sind.


Während in den ersten beiden Jahrzehnten der Epidemie meist der politische Wille fehlte, können wir seit der Verabschiedung der UN-Verpflichtungserklärung zu HIV und Aids im Juni 2001 lebenswichtige Fortschritte würdigen. Aber wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass HIV noch immer eine der gewaltigsten Bedrohungen für die menschliche Entwicklung und Würde darstellt.


Für das Erreichte sind wir dankbar. Aber wir sehen auch, dass die Weltgemeinschaft noch einen weiten Weg gehen muss, um die HIV-Krise zu bewältigen. Daher appellieren wir an alle, die politische Verantwortung tragen, aber auch an die allgemeine Öffentlichkeit, die nachfolgenden Anliegen zu unterstützen:


 Die Verwirklichung des fundamentalen Menschenrechts auf das „erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit“ muss endlich als Gemeinschaftsaufgabe aller Staaten anerkannt werden. Als wirtschaftlich privilegierte Nation muss Deutschland auf allen relevanten Gebieten zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit sein, damit dieses Grundrecht keinem Menschen vorenthalten wird.

 Nachdem der allgemeine Zugang zu umfassenden Programmen der HIV-Prävention, Behandlung, Betreuung und Unterstützung nicht in der ursprünglich gesetzten Frist bis 2010 erreicht wurde, haben sich die UN-Mitgliedstaaten mit der Politischen Erklärung vom Juni 2011 dazu verpflichtet, diese Zielvorgabe bis spätestens 2015 zu erfüllen. Daher fordern wir, dass sich Deutschland entschlossen an der Umsetzung der dort getroffenen Vereinbarungen beteiligt, und zugleich daran mitwirkt, die in vorhergehenden Erklärungen festgehaltenen Handlungsprinzipien einzulösen sowie die sich aus neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen ergebenden Chancen zu nutzen.


 Annähernd 7 Millionen Menschen mit einer fortgeschrittenen HIV-Infektion haben noch keinen Zugang zu einer spezifischen Therapie. Die Folge ist, dass derzeit in jeder Minute drei Menschen an der durch das Virus verursachten Immunschwäche sterben. Der Zugang zu der lebensbewahrenden Behandlung für alle Menschen, die sie benötigen, ist daher ein moralischer Imperativ und zugleich eine Investition in die menschliche Entwicklung.


 Infolge unzureichender Präventionsmaßnahmen sowie gesellschaftlicher Ausgrenzung und Benachteiligung werden in jeder Minute weitere fünf Menschen mit HIV infiziert. Durch den universellen Zugang zu umfassender Information und allen Präventionsmitteln und -methoden, durch die Verbesserung ungünstiger Lebensbedingungen sowie die Überwindung jeglicher Diskriminierung, muss jeder Mensch in die Lage versetzt werden, sich effektiv vor einer Ansteckung mit HIV zu schützen.


 Die Übertragung der Infektion während der Schwangerschaft, der Geburt oder des Stillens kann mit den heutigen Mitteln weitgehend verhindert werden. Wir fordern, dass weltweit die wirksamsten Maßnahmen bereitgestellt werden, um die Beseitigung der HIV-Übertragung von Mutter zu Kind Wirklichkeit werden zu lassen.


 Neben der gerechten Gestaltung des globalen Wirtschaftssystems werden dringend mehr Finanzmittel für die Überwindung von Armut, Hunger und Krankheit in der „einen“ Welt benötigt. Daher muss Deutschland


seine bisher unterdurchschnittlichen finanziellen Anstrengungen erhöhen und die realen Transferleistungen für die Entwicklungszusammenarbeit – wie in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union vereinbart – bis 2015 auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) steigern.

 Die jahrzehntelange Unterfinanzierung des Gesundheitswesens und die unzureichende Unterstützung der HIV-Programme in den Entwicklungsländern bilden entscheidende Barrieren für die Prävention und Behandlung von HIV und anderen verheerenden Epidemien. Daher ist Deutschland aufgefordert, den Stellenwert der Gesundheitsförderung in der internationalen Zusammenarbeit zu verstärken und mindestens 0,1% des BNE für den Gesundheitsbereich bereitzustellen sowie die globale HIV-Bewältigung seiner wirtschaftlichen Kapazität entsprechend zu fördern.

 Internationale Gesundheitsinitiativen mit der Beteiligung aller Akteure – wie insbesondere der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria – haben einen entscheidenden Anteil an den bisher erzielten Erfolgen. Daher fordern wir von der Bundesregierung, dass Deutschland als verlässlicher Partner handelt und einen dem Bedarf und der eigenen Wirtschaftskraft entsprechenden Beitrag von nicht weniger als 400 Mio. € pro Jahr leistet.

 Ohne die preissenkende Wirkung der Generika-Herstellung wäre die Ausweitung der Behandlungsprogramme nicht möglich gewesen. Für dringend benötigte neuere Medikamente wird dieser Wettbewerb durch die WTO-Regelungen erheblich erschwert. Zur Sicherung des Zugangs zu unentbehrlichen Medikamenten fordern wir eine systematische Überprüfung dieser Bestimmungen, die ausdrückliche Ablehnung darüber hinausgehender Monopolrechte in Handelsabkommen mit Entwicklungsländern und die ungehinderte Nutzung der im TRIPS-Abkommen festgehaltenen Schutzklauseln.

 Öffentlich finanzierte Forschung ist unerlässlich, um Medikamente und andere Medizinprodukte für die ärmere und besonders von Krankheiten betroffene Mehrheit der Weltbevölkerung zu entwickeln. Daher erwarten wir von der Bundesregierung ein größeres Engagement bei der finanziellen Unterstützung von Forschungsvorhaben, die gezielt versuchen, die Verfügbarkeit von bedarfsgerechten Mitteln der Prävention, Diagnostik und Behandlung, insbesondere im Hinblick auf betroffene Kinder, zu erhöhen.

 Die weltweite Verschärfung der Patentrechte im Zuge der WTO-Gründung und noch weitergehender Handelsübereinkünfte ermöglicht es den großen Pharma-Unternehmen, erhebliche Zusatzgewinne zu erzielen. Wir fordern die Pharma-Industrie auf, ihren Teil zur Verwirklichung des allgemeinen Zugangs beizusteuern, indem sie auf die Durchsetzung von Patenten und anderen Monopolrechten in Entwicklungsländern verzichtet und ihre Patente für ARVs in den Medicines Patent Pool stellt, damit wichtige neue Kombinationspräparate generisch hergestellt werden können. Auch fordern wir von der Pharma-Industrie, dass sie die Medikamentenpreise für wirtschaftlich benachteiligte Länder entsprechend nach unten korrigiert sowie die Investitionen in die Entwicklung von präventiven, diagnostischen und therapeutischen Mitteln für die weltweit drängendsten Gesundheitsprobleme – wie HIV – steigert

Wir laden alle ein, Solidarität mit den durch HIV betroffenen oder gefährdeten Menschen zu zeigen und sich diesen Forderungen anzuschließen. Gemeinsam können wir HIV in absehbarer Zukunft bezwingen. Diese Chance darf nicht verspielt werden.